

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates TTE (Energie) am 9. September 2022 in Brüssel

Am 09.09.2022 fand mit dem ao. Rat TTE die zweite formelle Tagung der Energieminister:innen unter CZ Vorsitz (VS) statt. Den Vorsitz führte Jozef Síkela, Minister für Industrie und Handel. Die österreichische Delegation wurde von FBM Leonore Gewessler geleitet. Die Europäische Kommission (EK) war durch KM Kadri Simson (Energie) vertreten. Die zweite ao. Tagung des Rates der Energieminister:innen unter CZ VS wurde angesichts der jüngsten Preisausschläge auf den Energiemärkten einberufen. Sowohl seitens VS als auch seitens EK wurden im Vorfeld Optionenpapiere mit verschiedenen Notfallmaßnahmen zur Senkung der Energie- und insbesondere der Strompreise vorgelegt. Auch von einigen Delegationen wurden Papiere mit teils unterschiedlich gelagerten Vorschlägen zur Begegnung der Preiskrise zirkuliert (u.a. EL oder PL).

Die Ratsdebatte war von Geschlossenheit und dem starken Willen gekennzeichnet, so rasch wie möglich Guidance für Maßnahmen zur Entlastung bezüglich der hohen Energie- und Strompreise zu geben. Allerdings dürften Maßnahmen nicht zur Gefährdung der Versorgungssicherheit führen, nicht wettbewerbsverzerrend wirken und müssten die rasche Transformation in eine dekarbonisierte Wirtschaft unterstützen. Grundsätzlich konnten die meisten Mitgliedsstaaten (MS) die Vorschläge der EK mittragen bzw. legten eine gewisse Flexibilität bezüglich der konkreten Maßnahmen an den Tag. Die MS ersuchten die EK um Erarbeitung und ehestmögliche Vorlage von konkreten Legislativvorschlägen. Kontrovers diskutiert wurde die Frage eines Gaspreisdeckels.

Österreich betonte, dass das Treffen ein Signal der Einheit und Entschlossenheit aussenden müsse. Rasch wirksame Maßnahmen zu setzen, sei nun unerlässlich. Für die Einführung von Erlösobergrenzen für inframarginale Erzeuger zeigte sich Österreich aufgeschlos-

sen, wenngleich es zahlreiche Detailfragen zu klären gebe und auf die genaue Ausgestaltung zu achten sei. Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der Kosten für Stromkund:innen seien jedenfalls nötig. Diesbezüglich erläuterte FBM die in Österreich eingeführt Stromkostenbremse. Betreffend die Solidaritätsabgabe für fossile Erzeuger äußerte sich Österreich grundsätzlich offen und meinte, die Maßnahme könnte einen wichtigen Beitrag leisten. Der Leidensdruck sei für viele Unternehmen sehr hoch, andere wiederum würden von den Preisanstiegen stark profitieren. Österreich plädierte vor allem für marktintegrierte Lastenreduktionsmaßnahmen (Demand-Side-Management), die man auf EU-Ebene organisieren und vermarkten könne. Die Verbrauchsreduktionen könnten zu gestützten Preisen am Day-Ahead-Markt vermarktet werden. Dies schaffe finanzielle Anreize zur Verbrauchsreduktion und könne dazu beitragen, den Preis zu senken. Maßnahmen zur Erhöhung der Liquidität von Energieversorgern sowie die Unterbindung von Spekulationen im Stromhandel wurden von Österreich als sinnvoll anerkannt. Österreich verwies diesbezüglich auf die national gesetzte Maßnahme einer Kreditlinie zur Unterstützung eines großen Energieversorgers. Österreich forderte auch eine Verlängerung bzw. Ausweitung des befristeten Krisenrahmens bezüglich der staatlichen Beihilferegulungen. Eine Reihe von MS forderte die Einführung eines Preisdeckels bzw. von Maßnahmen zur Entkopplung des Strom- vom Gaspreises. Österreich betonte, dass man ohne Scheuklappen rasch über Maßnahmen diskutieren müsse, wie man die Entkopplung der Strompreise von den Gaspreisen zeitlich begrenzt umsetzen könne. Eine Reihe von fundamentalen Kriterien müssten allerdings Berücksichtigung finden: Maßnahmen müssten rasch wirken, dürften die Versorgungssicherheit nicht gefährden, keinen Anreiz zum vermehrten Einsatz von Gaskraftwerken schaffen und weiterhin Investitionsanreize und stabile Rahmenbedingungen für Erneuerbare und Energieeffizienz beinhalten. Österreich lehnte allerdings eine Preisbegrenzung auf russisches Gas aus Gründen der Versorgungssicherheit ab. Mit einer kompletten Einstellung der Gaslieferungen aus RU müsse gerechnet werden. Es handle sich überdies um eine Sanktionenfrage und um keine rein energiepolitische Frage.

Die Kommission (KM Kadri Simson) meinte, dass die Aussprache klar gezeigt habe, dass schnelles Eingreifen erforderlich sei. Insbesondere erkannte man Unterstützung für Maßnahmen zur Senkung der Stromnachfrage, zur Verbesserung der Liquiditätslage am Markt sowie hinsichtlich des Solidaritätsbeitrags für fossile Unternehmen und der Erlösobergrenze für inframarginale Erzeuger. Man werde sich hier an gut funktionierenden Modellen in anderen MS (u.a. EL) orientieren. Eine Einfuhrobergrenze auf russische Gasimporte würde nicht nur die Gaspreise senken, sondern auch die Erpressungsstrategie von Russland (RU) beenden. Berücksichtigen müsse man jedenfalls die Folgen für die Versorgungssicherheit und die Lage der besonders abhängigen MS. Ebenfalls müsse man eine Deckelung der Großhandelsgaspreise mit besonderer Sorgfalt prüfen. Die EK informierte, dass

man den Input der MS aufnehmen und in die kommenden Vorschläge einspeisen wolle. Die Vorlage des Pakets sei am 14.09.2022 geplant.

Des Weiteren tauschten sich die MS über die Vorbereitung auf den nächsten Winter aus. In der Debatte gaben die MS Einblicke in ihre derzeitige Versorgungssituation und erwähnten auch diverse Initiativen zur Diversifizierung oder Einsparung.

Österreich erklärte, dass der RU Angriffskrieg in der Ukraine (UA) die Paradigmen EU- und Österreich-weit verschoben habe. In Österreich habe man umfassende Maßnahmen getätigt, da man in besonderem Ausmaß von RU Gasimporten abhängig sei. Somit wolle man den Weg der Reduktion der Abhängigkeit weiterverfolgen. Die Befüllung der Speicher schreite trotz des Ausfalls von Nordstream 1 voran. Man habe auch eine Strategische Reserve in der Höhe von über 20 % des Jahresverbrauchs beschafft und habe ebenso Anreize für die Einspeicherung von Industriebetrieben gesetzt. Bezüglich der Maßnahmen zur Reduzierung des Gasverbrauchs sei gegenüber dem letzten Jahr bereits eine Einsparung von rund 10 % erreicht worden, dies sei auch ein Effekt der hohen Preise. Österreich kündigte auch die am 12.09.2022 gestartete Informationskampagne zum Energiesparen für Haushalte an. Außerdem habe man den „Raus aus Gas“-Bonus verstärkt und verbindliche Maßnahmen für den öffentlichen Dienst geplant. Das Gasdiversifizierungsgesetz würde seine Wirkung bereits entfalten (und damit die zusätzlichen Kosten aufgrund der Diversifizierung abdecken). Nun sei es wichtig, dass die MS ihre Kräfte bündeln. Österreich sei bereit, sich aktiv in der Pilotphase der Energieplattform zu beteiligen. Bezüglich des Ausbaus der Erneuerbaren erlebe man ein Rekordjahr, indem eine Verdoppelung bezüglich des letzten Jahres und eine Versechsfachung gegenüber drei Jahren zuvor erreicht werden konnte. Die Preisdebatte bereite Österreich Sorgen, weshalb die Bundesregierung bereits drei Entlastungspakete mit einem Volumen von bisher 30 Mrd. Euro beschlossen habe. Man habe auch bereits eine Stromkostenbremse im Höhe von rund 3 Mrd. Euro beschlossen, welche ein Grundkontingent für alle Haushalte abdecke. Man unterstütze auch Unternehmen finanziell und ersuche die EK daher, den befristeten Krisenrahmen zu verlängern, damit man Förderprogramme entsprechend umsetzen könne. Für weitere Maßnahmen müsse die EK rasch Gesetzestexte vorlegen, um den Druck aus den Strompreisen zu nehmen. Die heutige Debatte habe gezeigt, dass es Willen unter den MS gebe, eine Lösung zu finden.

Die Kommission (KM Kadri Simson) würdigte die von den MS bisher erbrachten Leistungen im Bereich der Diversifizierung oder auch der Gaseinsparungen (EU-Speicherziel von 80% bereits überschritten) und betonte die - trotz der Unterbrechungen etwa der Nordstream 1 - stabile Lage der europäischen Gasversorgung. Es gebe zwar keine ausreichenden Bedingungen für die Auslösung des Unionsalarms, aber man verfolge die Situation weiter.

Man arbeite auch weiter an der EU-Energieplattform und teste Optionen bezüglich möglicher Ankäufe mit den MS und der Industrie. Die Aufnahme der UA als Beitrittskandidat ermögliche eine vertiefte Zusammenarbeit und man hoffe, den Stromimport vorantreiben zu können. Im Generellen habe man keine Illusionen bezüglich der Manipulationen RUs auf dem EU Energiemarkt, diese würden aber scheitern. Die EU habe bewiesen, dass sie rasch reagieren könne, man sei bestens vorbereitet auf einen langen sowie schwierigen Winter. Eine große Unterbrechung im nächsten Winter könne jedoch nicht ausgeschlossen werden, daher werde man weiterarbeiten und sich weiterhin in der Gaskoordinierungsgruppe austauschen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

14. Oktober 2022

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin